

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

9.5.1930 (No. 108)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsriedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 8515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Chefredakteur
G. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einsch. Zustellgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe sind Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, bei Abbestellung der Zeitung nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern bezogen. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Vortreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Wochenausfall, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Ansetzer keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanbahnregister für Baden, Badischer Staatsanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volkshilfsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Technisierung der Reichspost

Die Verkehrsleistungen der Reichspost haben seit dem Kriege und im Vergleich mit der Vorkriegszeit unverkennbare Fortschritte gemacht. Ganz neue Dienstzweige sind aufgenommen und ausgebaut worden, Kraftpostverkehr, Landverfrachtung, Rundfunk usw. Aber die Entwicklung der Verkehrsleistungen der Reichspost im Oberpostdirektionsbezirk Karlsruhe in den letzten 10 Jahren mögen einige Zahlen einen Anhalt geben.

Es wurden in dieser Zeit 100 selbsttätige Postwertzeichengeber, 19 Stempelmaschinen mit elektrischem Antrieb — darunter 8 mit Barreineinrichtung —, 21 Rechenmaschinen, 15 Adiermaschinen, 7 Adressiermaschinen neu beschafft. Beim Postfachamt Karlsruhe ist die Buchhalterei zum großen Teil auf Maschinenbuchungsbetrieb umgestellt worden. Zur Zeit gehen 14 Landkraftpostlinien von 11 Postämtern (Zeitpostämtern) aus.

Im Überlandverkehr mußten die Pferde-, Personenposten völlig dem Kraftwagen weichen. Im Bahnpostbetrieb wurden zu 41 vorhandenen Bahnpostwagen 14 neue beschafft. Im Luftpostverkehr beruht im Sommerverkehr 1930 6 Linien Orte des Bezirks Karlsruhe, die zum Teil sehr wertvoll für den internationalen Postverkehr sind. Die Umstellung des Fernsprechnetzes auf den Selbstanschlußbetrieb sowie der Kraftwagenbetrieb schufen auf baulichem Gebiet neue dringende Bedürfnisse.

Das Fernsprechnetz hat einen erheblichen Aufschwung genommen. Die Zahl der Teilnehmerstellen ist seit 1920 von 26 856 Hauptanschlüssen und 16 425 Nebenanschlüssen auf 44 383 Hauptanschlüsse und 31 527 Nebenanschlüsse, also um 65,1 v. H. und 91,3 v. H. gewachsen.

Im Fernverkehr führen 3 große Fernabellinien durch den Bezirk, und zwar Frankfurt über Mannheim—Karlsruhe nach Basel, von Karlsruhe über Pforzheim nach Stuttgart, von Rehl über Appenweier und Horb nach Stuttgart. Eine vierte Linie von Frankfurt nach Stuttgart ist zur Zeit im Bau. Gefördert wurde die rasche Durchführung des Selbstanschlußbetriebes. Heute ist dieser Betrieb in 17 Ortsnetzen durchgeführt, an die 16 395 Hauptanschlüsse oder 37,2 v. H. der Gesamtzahl angeschlossen sind.

Seit dem Erlaß des Reichspostfinanzgesetzes im Jahre 1924 erhöhte sich das im Betriebe der Oberpostdirektion Karlsruhe insbesondere in Bauten, Grundstücken, Telegraphen- und Fernsprechanlagen investierte Sachvermögen um beinahe 28 Millionen Reichsmark, die zum großen Teil der badischen Wirtschaft zugeflossen sind.

Verhandlungen in der Eisen- u. Stahlindustrie

W.D. Dortmund, 9. Mai. (Tel.) Nachdem die mehrmaligen Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und den Gewerkschaften in der Eisen- und Stahlindustrie der nordwestlichen Gruppe ergebnislos verlaufen sind, hat der Schlichter für Westfalen die Parteien zu Schlichtungsverhandlungen über den neuen Manteltarif für Mittwoch, den 21. Mai, nach Dortmund einberufen.

Bereiteter Staatsstreich in Spanien

Die spanische amtliche Agentur Fabra bezeichnet die Nachrichten von einem angeblichen Aufstand der Garnisonen von Madrid und Barcelona, wie sie im Ausland veröffentlicht worden seien, als gänzlich unbegründet. In allen anderen Städten Spaniens herrsche Ruhe. In Madrid seien Nachrichten eingegangen, wonach die Generale Martinez Anido (ehemaliger Innenminister unter der Diktatur) und Barrera (ehemaliger Generalkapitän von Katalonien) verhaftet haben sollen, auf neue eine Diktatur zu errichten, um den Hindernissen, denen die Monarchie seit einigen Tagen begegne, ein Ende zu bereiten. Der Generalkapitän von Madrid, der Bruder des gegenwärtigen Ministerpräsidenten, habe diesen über die Nachrichten der beiden Generale unterrichtet, und es sei eine Überwachung über beide Generale verhängt worden. Die liberalen Führer haben dem Ministerpräsidenten General Berenguer mitgeteilt, daß die liberalen Elemente gegen die Möglichkeit einer neuen Diktatur kämpfen würden. Der Regierungschef soll geantwortet haben, daß alle Maßnahmen ergriffen seien, die Maßnahmen, auf die man ihn aufmerksam gemacht habe, umgichte zu machen.

W.D. Madrid, 9. Mai. (Tel.) Bei der vom Rektor angeordneten Wiederaufnahme der Vorlesungen an der Universität Sevilla kam es erneut zu schweren Zusammenstößen, da eine Anzahl Studenten die katholischen Hörer am Betreten der Universität verhindern wollte. Im Verlauf des Tumultes fielen auf beiden Seiten mehrere Schüsse.

Weitere Verschärfung in Indien

W.D. London, 9. Mai. In Scholapur in der Präsidentschaft Bombay ist es zu einem außerordentlich ersten Tumult gekommen, bei dem 25 Personen getötet und 100 verletzt wurden. 6 Polizisten wurden von der Menge ermordet. Ihre Leichen sollen mit Petroleum begossen und verbrannt worden sein. Zwei Sonderzüge beförderten die europäischen Frauen und Kinder aus Scholapur ab. Die dortigen Unruhen seien — so meldet „Daily News“ — ernster als alle seit Beginn des passiven Widerstandes.

W.D. Bombay, 8. Mai (Tel.) Der Rat des indischen mohammedanischen Verbandes nahm heute eine Entscheidung an, in der die passive Widerstandsbewegung als schädlich bezeichnet wird, und die den Mohammedanern rät, sich von der Bewegung fernzuhalten.

Letzte Nachrichten

Die Inkraftsetzung des Youngplans

Die Ratifizierungsurkunden in Paris
W.D. Paris, 9. Mai. (Tel.) Die italienische Volkshaus in Paris hat gestern den Quai d'Orsay davon in Kenntnis gesetzt, daß die Ratifizierung der Saager Abkommen durch Italien am Mittwoch erfolgt sei, und daß das betreffende, vom König unterzeichnete Dokument heute, Freitag, in Paris eintreffen werde. Da die Ratifizierungsurkunden Deutschlands, Belgiens, Frankreichs und Großbritanniens bereits in Paris vorliegen, wird man sie zweifellos schon heute am Quai d'Orsay hinterlegen, wodurch die Abkommen, dem „Pact of Paris“ zufolge, ipso facto in Kraft treten.

Ein Zwischenfall im Reichspräsidentenpalais

Ein Geisteskranker versucht einzudringen
W.D. Berlin, 9. Mai. (Priv.-Tel.) Ein Unbekannter, der in einer Drohschleife an dem Mittelportal des Reichspräsidentenpalais vor und schloß die Hausglocke in Bewegung. Als der Bürodienst nach seinem Begehren fragte, erklärte er, dem Reichspräsidenten sprechen zu wollen. Der Bürodienst wies ihn nach der Votenmeistererei. Der Mann versuchte jedoch, mit Gewalt einzudringen und schlug auf den Bürodienst mit Füßen ein. Es entstand eine Schlägerei, die durch das Dazwischentreten von Schutzpolizei und der Reichsbewachung beendet wurde. Auch dem Abtransport setzte der Mann heftigen Widerstand entgegen. Während der Überführung schrie er fortgesetzt: „Der Reichspräsident, helfen Sie mir“, so daß ein großer Aufruhr entstand. Auf dem Revier verweigerte der Mann jegliche Angaben über seine Person und schien völlig apathisch. Ausweispapiere hatte er nicht bei sich.

Das Pariser Institut für geistige Zusammenarbeit

Rücktritt des Direktors Luchaire
W.D. Paris, 9. Mai. (Tel.) Der Ausschuh, der die Verwaltung und die Tätigkeit des Pariser Instituts für geistige Zusammenarbeit im Auftrage des Völkerbundes nachgeprüft hat, hat seine Arbeiten nunmehr abgeschlossen. In einem Bericht über diese Angelegenheit bezeichnet „Matin“ es als wahrscheinlich, daß der Direktor dieses Instituts, Luchaire, von diesem Posten demnächst zurücktreten und sein Amt als Unterrichtsinspektor wieder aufnehmen oder eine Mission von internationalem Charakter übernehmen werde. Man spricht übrigens davon, daß der Enqueteausschuh die Verminderung der Zahl der Angestellten des Instituts von 55 auf 15 vorschlagen werde.

Der Plan einer Mittelpartei in Frankreich

W.D. Paris, 9. Mai. (Tel.) Die demokratische Allianz tritt heute in Angers zu einem Kongreß zusammen. Unter dem Namen „Alliance démocratique“ der durch Waldeck-Rousseau geschaffen wurde, vereinigen sich die leitenden Persönlichkeiten der Mittelparteien einschließlich der Vereinigungen, die auf dem linken Flügel der Marin-Gruppe stehen. Es handelt sich also bei der demokratischen Allianz um eine überparteiliche, außerhalb des Parlaments stehende politische Organisation. Man erwartet, daß im Laufe des Kongresses über die Frage der Schaffung einer einheitlichen Mittelpartei im Parlament verhandelt werden soll, weshalb man den Beratungen eine gewisse Bedeutung beilegt.

Vorgehen der GPU. gegen Londoner Sowjetvertretungen

W.D. London, 9. Mai. (Tel.) „Daily Mail“ veröffentlicht in großer Aufmachung einen Bericht, wonach Spione der GPU in London eingetroffen seien. Nicht nur eine beträchtliche Anzahl von Mitgliedern des Stabes der Sowjetbotschaft und anderer Sowjetämter in London werde vielleicht abberufen werden, sondern der Vorkämpfer Sokolnikoff selbst stehe in Gefahr, dazu gezwungen zu werden, die Abordnung der GPU nach Moskau zu begleiten. Ansehend werde ihm Opportunismus vorgeworfen. Sokolnikoff soll vor einigen Tagen die Sowjetjournalisten in London gebeten haben, davon abzusehen, die britische Regierung und insbesondere einzelne Minister anzugreifen, bis die jetzt edikteten Verträge ratifiziert worden seien.

Laut „Daily Mail“ scheint kein Zweifel zu bestehen, daß wenigstens ein halbes Duzend Beamter, einschließlich zweier Vorkämpfersekretäre, entschlüsselt seien, sich jedem Abberufungsbefehl zu widersetzen und — entsprechend dem Vorgehen des ehemaligen Geschäftsträgers in Paris, Bessedowski — in England zu bleiben.

Im Haushaltsausfluß des Reichstages wurde am Donnerstag die erste Baureihe für das Panzerschiff B abgelehnt. Gegen die Baureihe stimmten die Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten und zwei Zentrumsabgeordnete. Der Stimme enthielten sich die Bayerische Volkspartei und ein Zentrumsabgeordneter. Für die erste Rate stimmten die übrigen Fraktionen und ein Zentrumsabgeordneter.

Wirtschaftliche Umschau

Die Tarifwünsche der Reichsbahn — Die Ferngasfrage — Die erhöhte Warenhaussteuer

Die Reichsbahn bemüht sich schon seit Jahresfrist, auf neue Tarifierhöhungen durchzusetzen, die sie sowohl mit hohen Mehrausgaben für Lohn- und Gehaltserhöhungen wie nun auch mit dem starken Rückgang des Verkehrs in den ersten Monaten dieses Jahres infolge der Ungunst der Wirtschaftslage begründet. Diese beiden Punkte zusammen zeigen die Gründe für die entstandenen Schwierigkeiten, zu denen jedoch noch die Reparationsbelastung kommt. Dazu kommt weiter die Konkurrenz des Kraftwagens, vor allem der Lastkraftwagenverkehr. Während die Reichsbahn-Gesellschaft zunächst eine Erhöhung der Wagenladungstarife und eine Erhöhung der Zeitfahrkartentare verlangt hatte, wogegen eine allgemeine Erhöhung der Personentare nicht stattfinden sollte, hat der Reichseisenbahnrat, der vom Reichsverkehrsminister zu einer gutachtlichen Äußerung hierüber aufgefordert worden war, im Gegensatz dazu die Erhöhung der Wagengütertarife abgelehnt und eine „organische Erhöhung der Personentare“ sowie des Stückgut-, Gepäck- und Gepäcktarifs vorgeschlagen. In diesen Tagen soll der Tarifausschuh der Reichsbahn zu diesen Vorschlägen Stellung nehmen. Aus den Tarifierhöhungen sollen im ganzen, wie es die Reichsbahn beantragt hat, 160 Millionen Reichsmark aufgebracht werden. Nach der Anregung des Reichseisenbahnrats müßten die Personentare um annähernd 6 Prozent erhöht werden. Die Entscheidung liegt beim Reichsverkehrsminister, dem die Reichsbahn ihre Tarifierhöhungsanträge zur Genehmigung einreichen muß.

Gegen die Tarifierhöhungen für den Güterverkehr sind vor allem die Wirtschaftskreise, die sie wegen der ungünstigen Wirtschaftslage für untragbar erklären und eine stärkere Belastung des Personentaris für immer noch erträglicher halten, dabei aber auch auf weitere Rationalisierungsmöglichkeiten und eine bessere Zusammenarbeit zwischen Reichsbahn und Reichspost hinweisen, um der Konkurrenz des Kraftwagens zu begegnen. Außerdem wird betont, daß sich auf die ungünstigen Ergebnisse der letzten Monate so weitgehende Änderungen in der Tarifpolitik nicht aufbauen ließen, und daß man allgemein für die zweite Hälfte des Jahres doch mit einer Besserung der Konjunktur rechne. Schließlich erhalte die Reichsbahn einen erheblichen Anteil aus der Mobilisierungsanleihe, aus der die notwendigen Neuanlagen bestritten werden könnten.

Die Reichsbahn hat bisher immer eine gesunde Finanzwirtschaft betrieben und streng an dem Grundsatz „keine Ausgaben ohne Deckung!“ festgehalten. Dadurch kam sie vor allem bei der Erhaltung und Erneuerung der Bahnanlagen in Rückstand, und auch das Stocken der Elektrifizierungsarbeiten bei uns in Süddeutschland ist eine Auswirkung davon. Von einer Tarifierhöhung würden aber gerade die an der Peripherie des Reichs gelegenen Gebiete, wie unser Südwesten, besonders betroffen, durch die Gütertarife alle Wirtschaftskreise und durch erhöhte Personentare auch der Fremden- und Ausflugsverkehr. Bei allen derartigen Maßnahmen erhebt sich die Frage, ob nicht die dadurch bewirkte Drosselung des Verkehrs und Belastung der Allgemeinheit statt Mehreinnahmen Mindereinnahmen bringt.

Die Frage der Ferngasversorgung scheint, soweit die Ruhr und Hessen in Betracht kommen, in das Stadium des Endkampfes getreten zu sein. Die heftige kommunale Gasversorgung (Hefoga) ist mit der Ruhrgas AG. zu einer Einigung gelangt, die für Hessen wesentliche Verbesserungen enthält, so daß der Aufsichtsrat der Hefoga gegen eine Stimme, vorbehaltlich eines die Beziehung zur Saar behandelnden Punktes, sich damit einverstanden erklärte und die Verträge der Generalversammlung nun zur Annahme empfiehlt. Die Ferngasversorgung Hessens sieht bekanntlich auch die Einbeziehung der Saar (durch die Saargas-G. m. b. H. der Saarzechen) vor, und offen ist nur noch die Frage, wie die Anrechnung der südlich der Südgrenzen Hessens (also nach Baden und der Pfalz) abgegebenen Mengen erfolgen soll, sobald die Saar mit der Lieferung beginnt. Es ist anzunehmen, daß auch darüber eine Einigung erzielt wird, und daß die Generalversammlung der Hefoga den Verträgen zustimmt, so daß das Ruhrgas nach Süden einen entscheidenden Erfolg davonträgt.

Der Anschluß Hessens wird seine Rückwirkung auch auf die weitere Politik der Südwega (Südwestdeutsche Gasversorgung) haben. Diese Gesellschaft wurde bekanntlich von Frankfurt a. M. und den größeren nordbadischen Städten begründet, um die Selbständigkeit der kommunalen Gasversorgung von den Ruhrgebiets zu erhalten, und allenfalls unter Bezug von Zusatzgas aus der Ruhr mit eigenen Verbindungsleitungen eine eigene große kommunale Gruppengasversorgung zu errichten. Ursprünglich ging auch die Stadt Köln mit Frankfurt zusammen, und seinerzeit wurden große, jedoch noch unaufgeschlossene Kohlenfelder von den beiden Städten im linksrheinischen Gebiet erworben, mit dem Ziel, die kommunale Gasproduktion auf eine eigene Kohlenproduktion zu stützen. Köln ist inzwischen zu einem Abschluß mit der Ruhrgebiets AG gelangt. Frankfurt aber wie Köln sind noch im Besitz der lediglich erhebliche Zinsen verschlingenden Kohlenfelder und können schon wegen der für die Abteufung von Schächten erforderlichen hohen Kapitalien nicht an eine Erschließung denken. Kürzlich haben nun zwischen der Ruhrgebiets AG und einem Frankfurter Industriellen, der als inoffizieller Vertreter der Stadt angesehen werden kann, Besprechungen privater Art über einen eventuellen Verkauf des Frankfurter Anteils an den Kohlenfeldern und den Bezug von Ruhrgebietsgas stattgefunden. Es wurde dabei von einem Kaufpreis von 16 bis 17 Millionen (auf Frankfurt würden 8 bis 8,5 Millionen entfallen) gesprochen. Frankfurt sollte mindestens 30 Millionen Kubikmeter Gas beziehen und die Verpflichtung übernehmen, seine eigenen Anlagen nicht eher auszudehnen, als bis 60 Millionen Kubikmeter Ruhrgebietsgas nach Frankfurt erreicht sind. In Frankfurt erklärt man diese Bedingungen, schon deshalb, weil sie auf eine Trennung Frankfurts von der Südwega hinauslaufen, für eine ungünstige Voraussetzung für weitere offizielle Verhandlungen. Infolge der bestehenden Abmachungen könne nur in Verbindung mit der Südwestdeutschen Gas-AG, und der Stadt Köln eine Lösung gesucht werden.

Die vom Reichstag beschlossene erhöhte Umsatzsteuer für Warenhäuser und andere Großbetriebe des Einzelhandels, auch Konsumvereine, die 27 Millionen im Jahr bringen soll, davon dem Reich 19, den Ländern 8 Millionen, hat den Reichsverband der deutschen Industrie zu einem Protest veranlaßt gegen die von den Großbetrieben angeforderten Versuche, diese Steuererhöhung durch Beanspruchung eines zusätzlichen Rabatts auf die Lieferanten abzuwälzen, so daß — wie dabei betont worden war — der Effekt der sein könnte, daß der kleinere Einzelhandel erhöhte Preise an die Lieferanten zu zahlen und damit in Wirklichkeit diese Neubelastung statt der Warenhäuser usw. zu tragen hätte. Früher, vor dem Krieg, hatte auch einmal der verstorbene Reichsaussenminister Dr. Stresemann in einer Denkschrift gegen die Warenhaussteuer betont, daß diese auf die schwächeren Fabrikanten abgewälzt werde. Der Reichsverband deutscher Waren- und Kaufhäuser hat in der Tat bereits mitgeteilt, daß er seinen Mitgliedern empfohlen habe, in Zukunft neue Geschäfte nur unter Berücksichtigung der Vergütung der Sondersteuer abzuschließen. Auch wird zu diesem Zweck die Bildung einer Interessengemeinschaft zwischen Warenhäusern, Filialbetrieben und Konsumvereinen befürwortet.

In der erwähnten Entschließung des Reichsverbands der deutschen Industrie heißt es, daß die Großbetriebe sogar den Boykott anbahnen wollen, wenn ihnen diese Vergünstigung nicht zugestanden werde. Es handle sich um einen Übergriff, dem die Industrie mit allen Mitteln

entgegenzutreten müsse, weil er weit über die im Kampf um die Selbstbehauptung stehende Abwehr hinausgehe. Die Industrie, die diese Sonderbelastung selbst scharf bekämpft habe, müsse sich, nachdem die Steuererhöhung nun einmal Gesetz sei, gegen solche Abwälzungsversuche zur Wehr setzen. Auch die Spitzenverbände der Textilindustrie und der Markenverband haben ihren Mitgliedern neuerdings empfohlen, diese Weiterwälzung auf den Fabrikanten als dem Willen des Gesetzgebers nicht entsprechend abzulehnen. In seiner Etablierte hat übrigens der Reichsfinanzminister bereits gesetzliche Maßnahmen in Aussicht gestellt, falls eine derartige Aktion von den Großbetrieben des Einzelhandels in der Tat durchgeführt werde, und außerdem eine Reform dieser Steuer angekündigt.

Die Parteiführerbesprechung beim Kanzler

Bei der am Donnerstag beim Reichskanzler abgehaltenen Besprechung der Parteiführer wurde nur die grundsätzliche Frage des tatsächlichen Vorgehens der Regierungsparteien bei den kommenden Etabliertebehandlungen behandelt. Dagegen wurde auf materielle Einzelheiten nicht eingegangen. Die Regierung stützt sich auf mehr Gruppen, als das vorhergehende Kabinett, um so notwendiger erschien es dem Kanzler, sie einmal zusammenzubringen, um zu vermeiden, daß Streichungsanträge eingebracht werden, die die Geschlossenheit der Koalition irgendwie stören könnten. Es ist nun denn auch in der Tat vereinbart worden, daß eine Koalitionspartei irgendwelche Streichungsanträge nur einbringen soll, nachdem sie sich vorher mit ihren Nachbarfraktionen in Verbindung gesetzt hat, um die Zweckmäßigkeit gemeinsam zu beraten. Diese Vereinbarung war das Ziel, das der Kanzler der Besprechung gesteckt hatte.

Die Arbeitsmarktlage im Reich

Dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung über die Arbeitsmarktlage in der Zeit vom 16. bis 30. April d. J. zufolge, ist die Frühjahrsentlastung des Arbeitsmarktes in diesem Zeitraum noch langsamer geworden. Abnahme der Arbeitslosigkeit erreichte bei weitem nicht mehr das Ausmaß der ersten Aprilhälfte. Insgesamt belief sich am 30. April die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung auf 1 760 868, in der Krisenunterstützung auf 320 236. Am 15. April betrug die entsprechenden Zahlen 1 859 206 und 302 462, am 31. März 2 053 880 und 298 722. Am 30. April vorigen Jahres betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung 1 126 078 und in der Krisenunterstützung 198 780.

Neuregelung der Einfuhrscheine

Durch Verordnung vom Dienstag wird bei Roggen, Hafer und im Inland erzeugter Gerste mit einem Hektolitergewicht von mehr als 67 Kilogramm der Wertbestimmung des Einfuhrscheins ein Betrag von 9 M zugrunde gelegt. Bei lebendigen Schweinen wird der Wertbestimmung des Einfuhrscheins ein Betrag von 27 M, bei Schweinefleisch ein Betrag von 86 M, bei Schweinehäuten ein Betrag von 48 M zugrunde gelegt. Bei der Ausfuhr von Rindvieh und Schafen sowie von Milch und Schafffleisch werden Einfuhrscheine neu eingeführt. Entsprechend der Bestimmung des Gesetzes über Zolländerungen vom 15. April 1930, wonach die Belastung der Reichssteuer durch Einfuhrscheine nicht höher als im letzten Rechnungsjahre sein darf, ist der Reichsminister der Finanzen ermächtigt, die Ausstellung von Einfuhrscheinen bei der Ausfuhr von Roggen, Roggenstroh und Hafer mit einwöchiger Frist zu sperren.

Zur Botshafterwahl. Es steht nunmehr fest, daß der bisherige Botshafter in Rom, Freiherr von Neurath, zum Nachfolger des Botshafter Eshamer in London ernannt werden wird, und daß der bisherige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, von Schubert, sein Nachfolger in Rom wird. Für Herrn von Schubert hat die italienische Regierung bereits das Agreement erteilt. In seine Stelle wird dann, wie bereits wiederholt angekündigt, von Bülow treten.

Der Reichsrat änderte die Verordnung zur Ausführung des Maisgesetzes dahin, daß die von dem Gesetz freigegebene Menge von 10 Doppelzentner Mais auf 2 Doppelzentner herabgesetzt wurde, weil damit Mißbrauch getrieben worden ist.

Zeit ihres Grundjahres bemessen habe, daß noch große Verbesserung für das Theater gewonnen werden können, wenn man ihnen gute Kunst zu erschwinglichen Preisen vermittelt. Die Volksbühnen sind eine starke Stütze des deutschen Theaters geworden und ihre Kulturarbeit wird sich immer mehr durchsetzen.

Volkschauspiel Etzheim

Der „Andreas Hofer“ von A. J. Pippel, der in diesem Sommer auf der Volksbühne Etzheim zur Aufführung kommt, umfaßt insgesamt vier Akte mit je einem Vor- und Nachspiel. Das Drama ist zweifach im ersten Abschnitt wideln sich die Vorgänge vor der Erhebung, der eigentliche Aufstand und die glückliche Zeit des Kampfes ab. Im zweiten Teile wird der Zusammenbruch des Tiroler Freiheitskampfes behandelt bis zur Erschießung Hofers. Der dramatische Höhepunkt liegt im dritten Akt; es ist jener Augenblick, da Hofer unter Berücksichtigung der allgemeinen Lage (Friedensschluß zwischen Napoleon und Österreich) den ungeschwägigen Kampf nicht mehr weiterführen will, von den fanatischen Führern jedoch der Freiheit bezichtigt, wider seine bessere Einsicht den Kampf erneut aufnimmt. Die Gesamtdauer ist auf 3½ bis 4 Stunden vorgesehen. Das Spieltempo des neuen Dramas ist wesentlich lebhafter wie bisher, neben den großen Sammelkassen, wird auch das Gruppenspiel stark vertreten sein. Die Handlung wird also in ein und derselben Szene von einer Gruppe vor anderen getrieben. Die Sprechproben sind seit Wochen im Gange, die Szenenproben mit Einführung der Massen durch schlechte Bitterung etwas gehemmt, werden jetzt nach Eintritt wärmeren Wetters um so eifriger betrieben.

Musikwissenschaftliche Austauschvorträge. Auf Grund eines Austauschabkommens, das die Musikabteilung des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht mit dem Musikwissenschaftlichen Philosophischen und Romanischen Seminar der Universität Berlin zuzugeben brachte, werden die Professoren Dr. Gurlitt, Freiburg i. Br. und Dr. Scherms, Berlin, in der Sorbonne in Paris über folgende Themen referieren: 12. Mai: Professor Dr. Scherms, „Die Musikwissenschaft im geistigen Leben Deutschlands“, 19. Mai: Professor Dr. Willibald Gurlitt, „Die musikpädagogische Bewegung in Deutschland“. In der Universität Berlin sprachen im Februar Professor Pirro, Musikhisto-

Aus den Ländern

Der bayerische Ministerpräsident über den Einheitsstaat

Der „Kaiser Lloyd“ veröffentlicht eine Unterredung seines Münchener Berichterstatters mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held. Held führte aus, daß der Einheitsstaat keine Staatsnotwendigkeit für das Deutsche Reich sei. Wenn heute kleinere Länder ihre Selbständigkeit aufgeben und sich dem größten deutschen Lande, Preußen, anschließen wollen, so ist dieser Wille erst entstanden unter dem Zwange der finanziellen Verhältnisse.

Bayern fühlt sich in enger Schicksalsgemeinschaft mit dem Reich verbunden. Es gibt dem Reich jederzeit freudig und gern, was dem Reich gehört; aber Bayern kämpft auch mit allen Mitteln für die Aufrechterhaltung seiner Selbständigkeit als Staat und Land, die ihm bei Gründung des Deutschen Reiches 1871 durch feierliche Verträge zugesichert und garantiert worden ist. Das Deutsche Reich ist kulturell, wirtschaftlich, auch politisch und konfessionell so verschiedenartig gestaltet, daß eine zentrale einheitsstaatliche Beherrschung dieses Reiches unmöglich zum Guten führen kann. Der große Kampf Bayerns gegen das Reich würde an dem Tage beginnen, wo der Einheitsstaat in seiner naturnotwendigen Zentralisierung in Berlin ins Leben träte.

Sturm im preussischen Landtag

Der Preussische Landtag begann am Donnerstag die zweite Lesung des Etats des preussischen Staatsministeriums mit einer Rede des Ministerpräsidenten Braun. Als der Ministerpräsident im Zusammenhang mit der Räumungsfrage eine Amnestie anregte, kam es zu stürmischen Szenen. Die gesamte Opposition hatte er gegen sich, als er die Einstellung der Disziplinarverfahren gegen die Beamten ablehnte, die sich zum Volksbegehren eingeschrieben hatten. Das kam nicht nur in den stürmischen Rufstößen während seiner Rede, sondern auch in den nachfolgenden Ausführungen der Oppositionsredner zum Ausdruck. Namentlich der deutschnationalen Redner beklagte sich bitter darüber, daß Staatsregierung und Staatsverwaltung fast völlig zum Werkzeug reiner Parteipolitik geworden seien.

Der Zentrumsabgeordnete Grebe betonte, daß die Sozialdemokratie, nachdem sie den Youngplan angenommen habe, sich den innenpolitischen Konsequenzen nicht entziehen dürfe. Der Kampf der sozialdemokratischen Presse gegen die Regierung Brüning habe Formen angenommen, die dem Zusammenarbeiten der Koalitionsparteien in Preußen nicht förderlich sein können. Es sei nicht wohl möglich, daß die Sozialdemokratie eine Politik mache ohne jede Rücksicht auf die Regierungsverhältnisse in Preußen.

Ministerpräsident Braun bedauert, daß die Große Koalition im Reich nicht von Bestand gewesen sei. Die preussische Koalition sei schon Jahre hindurch bei mehrfach wechselnden Reichstagskoalitionen in verständnisvoller fruchtbarer Zusammenarbeit von Bestand gewesen, so daß sie auch durch die derzeitige Lage im Reichstage seines Erachtens nicht gefährdet zu werden brauche.

BDZ, Berlin, 9. Mai (Tel.). Im Preussischen Landtag wurden heute Vormittag die Besprechungen über die Deduktion des preussischen Haushaltsbeitrages fortgesetzt. Es sprach sich eine Mehrheit für den Vorschlag des Finanzministers aus, den zu bedenkenden Fehlbetrag von 110 Millionen Reichsmark durch Verdoppelung der Grundsteuer aufzubringen. Gegen diesen Vorschlag befanden im Zentrum die stärksten Bedenken. Dort hält man eine Erhöhung der Hauszinssteuer für einen besseren Ausweg.

Die Regierungsbildung in Sachsen

Die hinter dem Ministerpräsidenten Schied stehenden Landtagsfraktionen hielten Donnerstag nachmittag eine Besprechung ab, bei der eine Einigung auf folgender Grundlage zustande kam.

Das Kabinett wird von vier Ministern gebildet. Die Verteilung der Ministerien geschieht wie folgt: Schied, Ministerpräsident und Volksbildung, Richter Inneres, Arbeit und Wohlfahrt, Dr. Mannfeld Justiz, Dr. Geberich Finanzen und Wirtschaft. Die Nationalsozialisten haben an den Beratungen nicht teilgenommen. Ob sie dem Beschluß zustimmen werden, läßt sich noch nicht übersehen.

Das deutsche Geschwader in Griechenland. Ein deutsches Geschwader, bestehend aus zwei Kreuzern und einem Zerstörer, ist am Donnerstag in Saloniki bei Athen vor Anker gegangen, wo es von der griechischen Flotte begrüßt wurde.

Der Sichtvermerkzwang im deutsch-ungarischen Verkehr ist aufgehoben worden.

Die kulturelle Arbeit der Volksbühnenbewegung

Der Erfolg der Wanderbühne

Die Badischen Volksbühnenvereine hielten in Karlsruhe eine Tagung ab. Den zahlreichen, aus allen Teilen des Landes erschienenen Vertretern der im Verband der Deutschen Volksbühnenvereine zusammengeschlossenen Besucherorganisation konnte der Geschäftsführer, Krämer, mitteilen, daß die Mitgliederzahl der Volksbühnen trotz der drückenden Erwerbslosigkeit in den letzten Jahren ständig gestiegen sei und jetzt über 20 000 beträgt. Fast sämtliche Vereine sind an dieser Steigerung beteiligt, besonders die Volksbühne Karlsruhe, die ihre Mitgliederzahl fast verdoppeln konnte, nachdem durch das Kultusministerium der Platzpreis, den die Volksbühnen an das Theater zahlen muß, gesenkt wurde. Vor allem hat jedoch die in Baden tätige Wanderbühne, das Badische Künstlertheater, mit seinen erstklassigen Darbietungen und seinem Spielplan, der eine Reihe moderner Werke enthielt, die besten Erfolge erzielt.

Die Wanderbühne, deren Etat durch die Kosten für den Transport des Personals und der Dekoration, durch Übernachtungs- und Verpflegungskosten, Saalmiete stark belastet wird, bedarf selbstverständlich einer finanziellen Unterstützung durch die öffentlichen Körperschaften. Der Berichterstatter teilte mit, daß in der nächsten Zeit in einer großen Zahl von Städten weitere Volksbühnen entstehen werden, und daß die Badische Volksbühnenbewegung einen wesentlichen Ausbau erfahren wird.

In der Aussprache wurde gefordert, daß der Staat und die Städte die Wanderbühne durch einen größeren finanziellen Zuschuß unterstützen mögen, deren Leistungen von allen Vertretern als hervorragend bezeichnet wurden. Ferner wurde der Spielplan des Badischen Künstlertheaters für 1930/31 festgelegt, der folgende Werke umfaßt: Judenhäuser, Schinderhannes, Arnold und Bach, Die spanische Fliege, Raugham, Die heilige Flamme, Köhler, Die fünf Frankfurter, Scheriff, Die andere Seite, Gebel, Ghes und sein Ring, Jbren, Hedda Gabler, Gorki, Nachtasyl, Kaiser, Hellscherei, Galsworthy, Gesellschaft.

Die harmonisch verlaufene Tagung schloß der Bezirksvorsitzende, Regierungsrat Günther, Karlsruhe, mit der Feststellung, daß die ständige Ausbreitung der Volksbühnenbewegung, auch in der Notzeit des deutschen Theaters die Wichtig-

riser an der Sorbonne, Paris, über „Musik an den französischen Universitäten“ und Chantavoine, Generalsekretär des Conservatoire National de Musique et de Declamation, Paris, über: „Die französische Musikpädagogik und das Pariser Konservatorium. Diese Austauschabkommen mit dem Auslande, die von wesentlicher kultureller Bedeutung sind, sollen im nächsten Jahr auch mit anderen Ländern fortgesetzt und ausgebaut werden.

Die Singschule in Heidelberg bleibt erhalten. Durch Verschiebung innerhalb des Stundenschemas der Volkshochschule, die den Unterricht an der Singschule erteilen, ist es möglich geworden, die Singschule mit verhältnismäßig geringem Aufwand fortzuführen. Der Stadtrat stimmte dem diesbezüglichen Vorschlag des Stadtschulamts zu und bewilligte die erforderlichen Mittel.

Landeskirchensängerkongress der evangel. Kirchengemeinde Badens. In der Zeit vom 14. bis 15. Juni findet in Karlsruhe das Landeskirchensängerkongress der evangelischen Kirchengemeinde Badens statt, das unter die bedeutendsten musikalischen Veranstaltungen des Jahres 1930 gerechnet werden darf. Aus Anlaß des Landesfestes wird auch der Deutsche Evangelische Kirchengesangsverein seine alljährliche geschäftliche Beratung in Karlsruhe halten. Nähere Einzelheiten über das Programm werden noch bekanntgegeben.

Ein neuer akademischer Titel der Stuttgarter Technischen Hochschule. Durch Beschluß des württembergischen Staatsministeriums vom 5. Mai d. J. ist, wie bei der Rektoratsübergabe an der Technischen Hochschule Stuttgart verliehen wurde, der Technischen Hochschule das Recht verliehen worden, künftig einen neuen akademischen Titel, den eines Dr. rer. techn. zu verleihen.

Die Hauptprobe des Passionsspiels in Oberammergau, mit der das Passionsspieljahr 1930 heute seinen offiziellen Anfang nimmt, fand am Dienstag unter keinem günstigen Stern. Der Himmel hatte alle Schleusen geöffnet, und unaufröhrlich strömte der Regen auf das festlich geschmückte Passionspielplatz herab. Dennoch war die weite, über 5000 Zuschauer fassende Halle des Passionspieltheaters bis auf den letzten Platz gefüllt, als der traditionelle Böllerschuß den Beginn des Spiels ankündigte. Der Aufführung wohnten viele hervorragende Gäste bei.

Der Berliner Skandal

Anschuldigungen gegen den Stadtrat Kas

Gegen den Berliner Stadtrat Kas, der vom Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg telegraphisch aus Oberitalien, wo er seinen Urlaub verbrachte, zwecks Vernehmung zurückberufen wurde, liegen schwerwiegende Anschuldigungen vor. Ein Berliner Grundstücksmafia hat eine mit Unterlagen versehene Anzeige gegen Kas erstattet, daß dieser für den Verkauf des Grundstücks in der Bellevuestraße an eine Grundstücks-Gesellschaft eine Provision von 100 000 M gefordert und auch erhalten habe. Kas ist am Donnerstag vom Oberregierungsrat Tapolski fast 6 Stunden lang, u. a. über seine Beziehungen zu der Fa. Lazar, Speyer & Glissen, die hinter dem Konjunktions-Gallerie-Lafayette (dem bekannten französischen Warenhaus) stand, vernommen worden.

Laut „Deutsche Ztg.“ hat der ehemalige Berliner Stadtrat Kas sein erstes Geständnis vor dem Untersuchungsrichter abgelegt. Auf die Frage, was er mit 75 000 M gemacht habe, die er für Grundstücksvermittlung erhalten hatte, erklärte er, er habe sie für „Parteiwege“ verwendet. Er konnte aber keine Auskunft darüber geben, wofür diese 75 000 M verbracht zu haben. Damit ist, so bemerkt das Blatt, der Tatbestand der Bestechung erwiesen.

Zeileis als Kläger

Vor dem Berliner Landgericht fand am Donnerstag, wie gemeldet, die Verhandlung über die Klage des vielumstrittenen Wunderheilers von Galsbach, Valentin Zeileis, gegen den Berliner Universitätsprofessor Dr. Paul Lazarus statt. Professor Lazarus hat in Vorträgen und wissenschaftlichen Veröffentlichungen das Zeileisverfahren auf das heftigste bekämpft und es lediglich als gefährliche Kurpfuscherei bezeichnet. Im Verlauf des Prozesses kam es zu stürmischen Auftritten. Professor Lazarus schilderte seine Besuche in Galsbach sowie die Untersuchung, der er sich in zwei Zeileis-Instituten in München unterzogen hat, wobei in einem Falle Lungenpilentatarrh, im anderen ein Nierenmarkleiden festgestellt wurde, obwohl er nur über harmlose Schmerzen im Rücken geklagt habe. Professor Lazarus legte die Glasröhre, den sogenannten Zeileis'schen Wunderstab, der in Galsbach benutzt, aber auch in einem der Münchener Institute von einem approbierten Arzt angewandt wurde, an Gerichtsstelle vor. Er fuhr ein paarmal mit der hölzernen Glasröhre an der Brust und im Rücken seines Rechtsbeifandes vorbei. Er sagte nach der Münchener Untersuchung zu seiner Frau: „Dazu hat Königin gelehrt, und dazu müssen unsere Studenten lange Jahre studieren, daß jetzt mit einer hohlen Glasröhre Diagnosen gestellt und den Kranken Todesurteile suggeriert werden. Nicht nur, daß wir gegen die Kurpfuscherei kämpfen müssen, jetzt müssen wir uns auch gegen die approbierten Ärzte wenden, die die Zeileis'sche Methode mitmachen!“ Professor Lazarus rief vor Gericht aus: „Auf Grund meines Materials klage ich Zeileis der fahrlässigen Tötung an Hunderten von Menschen an!“ Prof. Lazarus geriet hierbei in so hochgradige Erregung, daß er bei diesen Worten die Glasröhre, den Zeileis'schen Wunderstab, auf dem Gerichtstisch zertrümmerte, so daß die Glasplitter weit umherflogen. Der Vorsitzende suchte Prof. Lazarus zu beschwichtigen, der nun ausrief: „Ja, ich habe den Rasterstab zerbrochen, der nun Gallelei ein Ende zu machen.“

Rechtsanwalt Dr. Werner (Wien) geriet nun ebenfalls in heftige Erregung und erklärte, daß er von Zeileis geheilt worden sei. Es dauerte geraume Zeit, bis die Erregung im Gerichtssaal wieder verbeibte.

Nach weiteren Darlegungen der Parteien und einem Schlusswort des Prof. Lazarus, wurde die Verhandlung geschlossen. Der Termin zur Verlesung des Urteils ist vom Gericht noch nicht bekanntgegeben.

Eine Sängerin in Schuldhaft

Die deutsche Sängerin Methberg, die in New York ihren Wohnsitz hat und sich gegenwärtig in Deutschland auf einer Konzertreise befindet, ist in Dresden, wegen der Forderung einer Konzertschuld, der sie ein Provision von 82 000 M schuldet, auf Veranlassung des Berliner Landgerichts in Schuldhaft genommen worden. Das Gericht hat einen dringlichen und persönlichen Arrest ausgesprochen, weil die Schuldnerin ihren Wohnsitz im Ausland habe und daher Fluchtverdacht vorliege. Auf Grund des persönlichen Arrestes ist der Haftbefehl erlassen worden. Frau Methberg darf zwar ihr angefordertes Gastspiel in der Dresdener Oper ausführen, aber sie wird bewacht. Die sächsischen Behörden haben ihr den Aufenthalt in einem Sanatorium erlaubt, nachdem die Gerichtsärzte die Saftunfähigkeit der Künstlerin festgestellt hatten.

Erdbeben infolge Ersauens eines Bergwerks

W.B. Braunschweig, 9. Mai. (Tel.) Infolge Ersauens des Kaliverkes Bienenburg ist der Bahndamm der darüberliegenden Strecke Bienenburg-Grauhof heute nacht eingestürzt. Auch die Strecke Goslar-Halberstadt ist gefährdet. Wie weiter gemeldet wird, hat sich die Erdbebewegung noch nicht beruhigt. Schon auf der Braunschweiger Chaussee sieht man an mehreren Stellen Risse im Pflaster. Der Führer eines Benzowagens der Bezirksinspektion sah plötzlich vor sich inmitten der Straße einen Abgrund und konnte gerade noch auf dem Schienenstrang der Werkbahn halten, mit seinen vier Fahrgästen aussteigen und sich auf besten Boden retten. Jetzt liegt der Wagen tief im Schlund des dauernd einrutschenden Trichters. Die Direktionsgebäude des Werkes werden jetzt geräunt. Das Schicksal der Werke ist bisher vollkommen unklar, und es ist zu befürchten, daß weitere Störungen des Gesamtverkehrs eintreten werden. Auf jeden Fall befinden sich die Erdbeben noch in voller Bewegung.

Überschwemmung in Italien

W.B. Rom, 9. Mai (Tel.). Aus ganz Italien werden große Überschwemmungen berichtet. Durch die starken Regengüsse der letzten zwei Tage traten zwei kleinere Flüsse bei Brescia über die Ufer. Mehrere Häuser mußten geräumt werden. Aus Mailand wird gemeldet, daß in verschiedenen tiefer gelegenen Teilen der Stadt eine Anzahl von Häusern überschwemmt wurde. In der Nähe von Vercelli stürzte unterwassertes Erdreich von 500 cdm Ausmaß auf die Straße, so daß der Verkehr unterbrochen wurde. Durch den Erdsturz wurden zwei Häuser bedeckt.

Auf der Bahnstrecke Garburg-Lehrte ist am Donnerstag ein Gleisfeld festgestellt worden, der einen verheerenden Anschlag vermuten läßt. Auf der äußeren Schiene waren sämtliche Schwellenschrauben herausgedreht und die Rasenschrauben gelockert.

Der deutsche Rennfahrer Stegmann ist beim Training in der Nähe von Prag mit seinem Motorrad tödlich gestürzt.

Das fünfstöckige Lagerhaus der Fleischkonservenfabrik Armour in St. Joseph (Missouri), wurde durch eine Explosion zerstört. Die Katastrophe wurde offenbar durch die Entzündung eines großen Ammoniaklagers herbeigeführt. Zahlreiche Personen sind unter den Trümmern begraben, die von Ammoniakgasen angefüllt sind.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Plenar Sitzung am Dienstag

Am nächsten Dienstag wird der Badische Landtag nach den Osterferien seine erste Plenar Sitzung abhalten, und zwar vormittags 9 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: Beratung der Gesetzentwürfe über die dritte Änderung des Strafrechtsgesetzes und damit in Verbindung ein Antrag der Wirtschaftspartei über die Kraftfahrzeugsteuer und die Änderung des Strafrechtsgesetzes sowie einschlägige Gesetze. Ferner über die Änderung des Gesetzes über die Aufhebung des Pfandbriefgesetzes und die Ausweisung von Landstrafen, ein Gesetzentwurf über die Förderung des Wohnungsbaues. Weiter stehen zur Beratung die Mitteilungen des Staatsministeriums über die halbjährliche Überlicht und die Abhörder der Rechnung des Rechnungshofes, ferner die Mitteilungen des Innenministeriums über Invalidenversicherung und Hagelversicherung, über die vergleichende Darstellung der Vortan- schlagsätze und Rechnungsergebnisse für die Rechnungsjahre 1926/27, über das Verzeichnis der erteilten Administrativkredite. Ferner steht zur Beratung der nationalsozialistische Antrag über die Zuständigkeit am Schlußverfahren, sowie mehrere Gesetze. Den Schluß der Beratungen bildet die Begründung und Beantwortung zweier kommunistischer Anfragen über die Auswirkung des Tabaksteuergesetzes und das Verarmungsverbot unter freiem Himmel, sowie eine förmliche Anfrage der Nationalsozialisten über Vorentscheidungen in der Anlagensache gegen den Schriftleiter Moraller u. Gen. wegen Körperverletzung.

Die Landgemeinden

zum innerbadischen Finanzausgleich

Nach dem Vorgehen des Bad. Städteverbandes und des Bad. Städtebundes meldet sich jetzt auch der Verband badischer Gemeinden mit einer ausführlichen Denkschrift zum Wort, in der er Gleichheit und Gerechtigkeit für die badischen Land-, Arbeiterwohn- und Industriegemeinden im badischen Finanz- und Lastenausgleich verlangt.

U. a. wird ausgeführt, daß überall in Deutschland die finanzielle Notlage der mittleren und kleineren Land- und Industriegemeinden unbestritten außerordentlich viel schwerer belastet ist als die Städte. Hier könne nur ein gerechter Lastenausgleich helfen, wie er in anderen Ländern bereits geschaffen sei. Diese auf die Dauer unmögliche Behandlung gegenüber den steuerlastenreichen Städten könnten sich die kleineren badischen Gemeinden nicht länger gefallen lassen und müßten, wenn nicht der Wegzug der Industrie vom Lande in die Stadt und die Landflucht überhaupt noch mehr gefördert werden sollten, auf baldige Abhilfe drängen. Ziel und Sinn einer vernünftigen und gerechten Steuerumverteilung wäre ein durchgehender Ausgleich in der Steuerkraft zwischen allen Städten und Gemeinden des Landes. Den Städten und Gemeinden würden zwar Ertragsposten durch Schulgeldderhöhung an Mittelschulen, Mineralwassersteuer, Gebäudeversicherungs- und Beitrag der freien Berufe zur Gewerbesteuererhöhung gewährt, die meisten dieser Posten kämen aber für die kleineren und mittleren Gemeinden gar nicht in Betracht, so daß bei ihnen von einem völligen Ertrag der Mindereinnahmen an Abweijungsteuer nicht gesprochen werden könne. Nur die Städte würden wohl eine völlige Ertragsleistung erhalten. Verursacht sei dieser Zustand durch das Übergewicht des städtischen Einflusses in Regierung und Landtag, trotzdem 56 Proz. der Bevölkerung Badens in den kleineren und mittleren Gemeinden und 12 Proz. in den mittleren Städten wohnen.

Nach den jüngsten Ereignissen seien nun aber auch die Landgemeinden gezwungen, ihre Forderungen mit größtem Nachdruck zu betreiben. Sie müßten von Regierung und Landtag erwarten, daß sie nunmehr die entsprechenden Entschädigungen raschstens treffen, um bei der Steuerumverteilung und bei der Verteilung der Straßen- und Zirkelgelasten den Grundsatz von Gleichheit und Gerechtigkeit zum Siege zu führen.



Frau Professor K.

ist 73. Wer die alte Dame näher kennt, weiß, daß ihr Lebensabend wie eine Folge sonniger Herbsttage ist. „Es ist - so schrieb sie einmal ihrem Sohn - ein Gebot der Lebensklugheit, Genuß und Freude zu suchen, aber, um das bekannte Wort des alten Buddenbrook zu benutzen, nur solche, die uns bei Nacht ruhig schlafen lassen.“ Nach diesem Grundsatz handelt sie auch. Seit Jahren trinkt sie Kaffee Hag. Er gewährt ihr alle Kaffeefreuden, aber enthält nichts, was irgendwie schädlich oder störend wirken könnte. Kaffee Hag ist koffeinfrei und vollkommen unschädlich, er regt an, aber nicht auf. Kaffee Hag trinken ist Lebensklugheit!

Der Landesverband der ländlichen Reit- und Fahrvereine Badens (Sitz Karlsruhe), tagte in Freiburg i. Br. In seinem Tätigkeitsbericht stellte der Präsident, General Illmann, zur Frage einer badischen Reit- und Fahrschule fest, daß leider alle Bemühungen bisher vergeblich geblieben seien. Freiherr von Holsing-Vertheil schlug vor, die geplante Reit- und Fahrschule an die Freiburger Reitanstalt anzugliedern. In der Aussprache wurde festgestellt, daß die im Reiterring aufeinander geschlossenen Reiter, Fahrer und Jüchter immer mehr nach einem leichteren Pferdebesitz rufen und sich dagegen sträuben, ihre Warmblutstuten durch den Kaltbluthengst in Sirkheim bedeu zu lassen.

Eine Mahnung und Bitte

Der kommende Sonntag, der 11. Mai, soll für alle Badener ein Tag hilfsbereiter Nächstenliebe sein. Es ist der Straßensammeltag für unsere Gebrechlichen, für die Blinden, die Taubstummen und die Krüppel. Ihnen allen, Männern, Frauen und Kindern, die in diesen schweren Zeiten meist in besondrer harter Bedrängnis stehen, soll durch die Sammlung Unterstützung in Notfällen, Ausbau ihrer Heime, aber auch die Möglichkeit zur Arbeit und damit zu einem Lebensinhalt gegeben werden. Niemand soll es veräumen an diesem Sonntagstag dieser so schwer geprüften Mitmenschen zu gedenken und durch eine Gabe mitzuhelfen, ihr Los zu erleichtern.

Konferenz über die Ferienonderzüge

Wie alljährlich, sind auch in diesem Jahre am 7. Mai die Reichsbahndirektionen mit den Privatbahnen und Schiffahrtsgesellschaften, unter dem Vorsitz der Reichsbahndirektion Frankfurt (Main) in Baden-Baden zur Beschlusfassung über den Ferienonderzugsverkehr zusammengetreten. Die Ferienonderzüge werden auch 1930 in der ungefähren Zahl des Vorjahres unter den im Vorjahre geltenden Bedingungen nach den bekannten Zielgebieten gefahren. Für den Rückreiseverkehr werden voraussichtlich wieder einige zuschlagsfreie Rückzüge gefahren, wenn auch ihre schwache Befahrung im Vorjahre wenig Veranlassung dazu bietet.

Die Züge, die im Ferienonderzugsverkehr gefahren werden, werden im Laufe der kommenden Woche veröffentlicht werden. Die Bestellung der Ferienonderzugsstellen wird für die Mehrzahl der Ferienzüge unmittelbar nach Pfingsten, nach dem Erscheinen der bekannten Ferienonderzugbestellen, möglich sein.

Gegen die Freizone in der Milchwirtschaft

In einer in Schopfheim abgehaltenen Versammlung von Vertretern der Landwirtschaft an der schweizerischen Grenze wurde eine Entschließung angenommen, in der die Badische Regierung ersucht wird, sich gegen die Errichtung der von schweizerischer Seite beantragten 10-Kilometer-Freizone für die Einfuhr schweizerischer Milch auszusprechen. Die Molke-ereien in Lorrach, Oberlautringen und Raboldzell seien in der Lage, jederzeit den Milchbedarf zu decken. Würde die 10-Kilometer-Freizone eingeführt werden, so würde daraus der an sich schon schwergeschädigten oberbadischen Landwirtschaft weiterer, unabsehbarer Schaden zugefügt werden.

Aus der Landeshauptstadt

Reichstagsung der Freiwilligen Sanitätskolonne Deutschlands in Karlsruhe. Wie bekannt, findet am 19. und 20. Juli d. J. das 60jährige Jubiläum des Karlsruher Männerhilfsvereins vom roten Kreuz statt. In Verbindung mit dieser Feier wird auch in Karlsruhe die Reichsverbandstagung der Freiwilligen Sanitätskolonne Deutschlands abgehalten, an welcher etwa 2000 Delegierte aus allen Teilen Deutschlands teilnehmen werden. Höhepunkt der Veranstaltung, die ein reichhaltiges Programm umfaßt, werden eine große Sanitätsübung vor dem Bad. Landestheater und ein Festzug sein, den die Tagungsteilnehmer zusammen mit ihren Karlsruher Kollegen durch die Straßen der Stadt unternehmen.

Verkehrswissenschaftliche Woche in Karlsruhe. In Verbindung mit dem Bundestag der Deutschen Reichsbahninspektoren und Amtmänner findet hier vom 23. bis 27. Juni eine Verkehrswissenschaftliche Woche statt, in deren Rahmen eine Reihe aktueller Themen mit verkehrs- und wirtschaftspolitischen Charakter behandelt werden. Im Anschluß wird eine dreitägige Studienreise durch den Schwarzwald an den Bodensee unternommen. Die Bundestagung wird infolge der gleichzeitigen 40-Jahr-Feier des Bezirks Baden von zahlreichen Delegierten und auch von Gästen aus dem Reich besucht werden.

Badisches Landestheater. In der Komödie „Marius“ von Marcel Pagnol, deutsch von Bruno Franke, die am Samstag, dem 10. Mai, zum erstenmal in Szene geht, wirken neben Alfons Kloeble als „Marius“ in den übrigen Hauptrollen die Damen Mademacher und Biegler und die Herren Brand, Herz, Müller und Schulze mit. Die Spielleitung hat Ulrich von der Trend.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Unsere Wetterlage ist durch das Anrücken eines neuen atlantischen Tiefes umgestaltet worden. Während der letzten Tage war das Azorenhoch mit dem Grönlandhoch durch einen Rücken hohen Druckes verbunden, an dessen Oststrand Polarluft weit nach Süden vorstieß. Diese Strömung ist unterbrochen. Die Zufuhr maritimer Luft dauert zwar noch an, erfolgt aber nicht mehr aus so hohen Breiten wie an den Vortagen. Gleichzeitig verliert die italienische Hochzone an Energie, so daß hierdurch der Stau an den Alpen aufhört. Es wird daher Besserung des Wetters eintreten, wenn auch zunächst noch der unbeständige Witterungscharakter anhält. Wetterausblick: Zunächst noch unbeständig und kühl mit strichweisen Regenschauern, später Besserung und Erwärmung, weiltliche Luftzufuhr.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	9. Mai	8. Mai
Amsterdam 100 G.	168.46	168.80
Kopenhagen 100 Kr.	112.00	112.22
Italien . . . 100 L.	21.945	21.985
London . . . 1 Pfd.	20.34	20.38
New York . . 1 D.	4.187	4.195
Paris . . . 100 Fr.	16.42	16.46
Schweiz . . 100 Fr.	81.08	81.24
Wien 100 Schilling	59.055	59.175
Prag . . . 100 Kr.	12.408	12.428

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 7. Mai hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 260,5 Millionen auf 4403,7 Millionen Reichsmark, derjenige an Rentenbankscheinen um 32,1 Millionen auf 330,3 Millionen Reichsmark verringert. Die Bestände an Gold und bedungsfähigen Devisen haben sich um 2,7 Mill. auf 2895,6 Mill. Reichsmark erhöht. Im einzelnen haben die Goldbestände um 85 000 M auf 2585,4 Mill. Reichsmark abgenommen, die Bestände an bedungsfähigen Devisen um 2,8 Mill. auf 330,2 Mill. Reichsmark zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 55,0 in der Vorwoche auf 58,3 Proz., diejenige durch Gold und bedungsfähige Devisen von 62,0 auf 65,8 Prozent.

Für die Auslandsanleihe des Badenwerks genehmigte der Reichsrat gestern die steuerlichen Begünstigungen bei der Einkommen- und Kapitalertragsteuer.

Der Privatdiskont ist — wie aus Berlin gemeldet wird — um 1/2 Proz auf 4 Proz. für beide Sichten ermäßigt worden.

Arbeiterentlassungen bei Daimler. Zu den Meldungen über Arbeiterentlassungen bei Daimler wird von unterrichteter Seite in Untertürkheim mitgeteilt, daß bisher lediglich etwa 150 bis 200 Arbeiter entlassen worden seien. Der Antrag beim Gewerbeaufsichtsamt auf Entlassung von 1000 Arbeitern sei lediglich vorläufig gestellt. Ob es zu einer Entlassung in diesem Ausmaß komme, sei fraglich.

Allgemeine Gold- und Silberscheideanstalt, Pforzheim. Das Geschäftsjahr 1929 schließt nach 13 132 (15 000) RM Abschreibungen mit einem Reingewinn von 122 105 (108 194) RM einschließlich 8332 (6570) RM Vortrag ab, woraus eine unveränderte Dividende von 9 Prozent auf das Aktienkapital von 1,2 Mill. Reichsmark ausgeschüttet werden.

Sanierung der Bad. Uhrenfabrik Furtwangen. Die Generalversammlung der Bad. Uhrenfabrik beschloß, gemäß dem Vorschlag des Aufsichtsrates die Zusammenlegung der Stammanteile 1:10 von 400 000 RM auf 40 000 RM zu genehmigen. Somit kann die Sanierung der Badischen Uhrenfabrik durchgeführt werden.

Das internationale Komitee für die Baumwollindustrie hat seine Arbeiten in Straßburg bei Mailand aufgenommen. Hauptgegenstand der Beratungen bildet die Krise der Baumwollindustrie in allen Ländern. Die Vertreter der verschiedenen Staaten werden hierüber Berichte vorlegen, welche Vorschläge zur Bekämpfung der Krise enthalten.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahl. In Eichel (bei Schopfheim) wurde mit 99 Stimmen der bisherige Bürgermeister Reinhold Bernbach erneut zum Bürgermeister gewählt. Sein Gegenkandidat, Ratsschreiber Maier, konnte 40 Stimmen auf sich vereinigen. Der nunmehr wiedergewählte Bürgermeister steht im 67. Lebensjahr und leitet schon seit 27 Jahren die Geschäfte der Gemeinde.

Heidelberg muß sparen. Der ungünstige Haushaltsplan des Jahres 1930 auferlegt der städtischen Verwaltung Heidelberg größte Sparmaßnahmen. Demgemäß ist an die Dienststellen und Ämter eine entsprechende Anweisung ergangen. Die Verwendung bewilligter Kredite wird bis Ende Juni zunächst mit nur 20 Proz. freigegeben. Kreditüberschreitungen sind unter allen Umständen untersagt, die für außerordentliche Unternehmungen vorgesehenen Kredite bleiben im allgemeinen gesperrt. Dienststellen sind tunlichst einzuschränken. Für die Einhaltung dieser Anordnungen sind die Vorstände der Ämter persönlich verantwortlich.

Der Gemeinderat Eberbach beschäftigte sich mit der Eingabe des Gewerkschaftsartells wegen Arbeitsbeschaffung. Der Antrag, bei Vergabe von Arbeiten durch die Stadtgemeinde, die Beschäftigung von in Eberbach ansässigen Arbeitern zur Bedingung zu machen, wurde abgelehnt. Außerdem wurde beschlossen, alsbald den Bau zweier Waldwege in Angriff zu nehmen. Mit Rücksicht auf die begrenzten Mittel des Haushaltsplanes konnte sich der Gemeinderat nicht entschließen, weitere größere Bauvorhaben in Angriff zu nehmen.

Der Bezirksausschuß des Wohnungsverbandes Pforzheim-Land konnte in seiner zweiten Sitzung am 30. April 1930 wiederum Baudarlehen im Betrag von 111 000 RM vergeben. Berücksichtigt wurden 42 Gesuche. Bezugsfertig konnten werden 10 Dachstodausbauten, 6 Einfamilienhäuser, 25 Zweifamilienhäuser und 1 Dreifamilienhaus. Von den Bezugsfertigsten 69 Wohnungen sind 2 Einzimmerwohnungen, 36 Dreizimmerwohnungen und 3 Vierzimmerwohnungen.

Der Bürgerausschuß Rheinfischhofheim genehmigte den Vorschlag für 1930/31. An Umlage werden erhoben 94 Reichspfennig vom Grundvermögen, 33 Pf. vom Betriebsvermögen und 705 Pf. vom Gewerbeertrag je 100 RM Steuerwert. Ferner erklärte sich der Bürgerausschuß mit der Herabsetzung der Zahl der Gemeinderäte von 8 auf 6 einverstanden. Er genehmigte weiter die Umwandlung der Gemeindeparkasse in eine Bezirksparkasse, an der sich bis jetzt noch die Gemeinden Freifeld und Nichtenau beteiligen werden.

Von der Freiburger Wasserwerksgesellschaft. Der Bezirksrat Freiburg beschäftigte sich in Anwesenheit des Landrats Böhrle mit dem Einspruch der Gemeinde Kirchzarten gegen die von der Stadt Freiburg geplante Erweiterung der Freiburger Wasserwerksgesellschaft. Grundförmig bestand auf allen Seiten der Einsprecher Verständnis dahin, daß die geplante Wasserentnahme im Interesse der Stadt Freiburg zuzubilligen sei. Der Bezirksrat stimmte einstimmig dem vorliegenden Projekt der Stadt Freiburg zu unter Einhaltung der Bedingungen, durch die die berechtigten Forderungen der Gemeinde Kirchzarten befriedigt werden.

Die Zerstörungsarbeiten an den Keller Festungsanlagen. In der Hafenstrasse in Kehl wird gegenwärtig die Straße aufgerissen. Die Arbeiten haben den Zweck, den alten, noch aus der Festungszeit Kehls herrührenden unterirdischen Verbindungsgang vom Mittelbau nach der ehemaligen Nordbatterie zu zerstören. Die Zerstörung muß auf Grund des Verfallens der Beträge und Räumungsabkommens erfolgen. Die Fortsetzung dieses Verbindungsganges vom Mittelbau nach der sog. Südbatterie, auf dessen Grundmauern heute die Villa Schmidt am Eingang der Rheinbahnstrasse steht, wurde bei den Arbeiten für die Herrichtung der Zufahrtsstrasse der neuen Rheinbrücke entdeckt, doch war ein Teil schon stark zerfallen.

Der Bürgerausschuß Furtwangen lehnte die durch den allgemeinen Rückgang der Steuerwerte notwendig gewordene Nachtragsumlage von 4 Pf. für das Grundvermögen, 1 Pf. für das Betriebsvermögen und 21 Pf. für den Gewerbeertrag mit 40 gegen 24 Stimmen der Sozialdemokraten und eines Teiles des Zentrums ab. Die Schulgeldehöhung für Bürger-, Gewerbe- und Handelsschule wurde gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten angenommen. Schließlich wurde ein Nachtragskredit für den Krankenhaustau genehmigt.

Das Villingen Wohnungsbauprogramm. Im Bürgerausschuß Villingen wurde das Wohnungsbauprogramm, das die Herstellung von etwa 60 Wohnungen mit einem Kostenaufwand von 850 000 RM vorsieht, mit der Einschränkung angenommen, daß möglichst nicht das gesamte zur Verfügung gestellte Kapital verbaut werden soll, um auch im nächsten Jahr bei der schwierigen Finanzlage noch Baumöglichkeiten zu haben. Die vom Stadtrat vorgeschlagene Erhöhung der Grundsteuer von 18 auf 30 RM wurde auf 24 RM festgesetzt. Weiter wurden genehmigt die Nachtragskredite für die Herstellung des Festplatzes im Betrage von 25 500 RM, sowie der Durchbruch des Niedertors zur Herstellung eines weiteren Gehweges mit einem Kostenaufwand von 13 200 RM.

Der Bürgerausschuß Weil a. Rh. behandelte den Vorschlag für das neue Rechnungsjahr, das heißt den ersten städtischen Voranschlag der neuen Stadt. Bürgermeister Kraus wies einleitend darauf hin, daß der Voranschlag die Zeichen des Notjahres trage, daß vor allem der Zinsdienst sehr hohe Anforderungen stelle, und daß es daher vorläufig nicht möglich sei, an die Schuldentilgung selbst heranzugehen; doch wurde seitens der Sozialdemokraten und des Zentrums gewünscht, daß man unbedingt Mittel und Wege suchen müsse, um mit der Zeit doch mit der Tilgung beginnen zu können. Auf Grund dieser Lage ist es daher auch nicht möglich, daß sich die junge Stadt bereit mit größeren neuen Projekten befassen kann. Der Voranschlag wurde schließlich mit den

Stimmen sämtlicher Parteien gegen die der Kommunisten genehmigt. Er weist einen ungedeckten Aufwand von 108 000 Reichsmark auf, zu dessen Deckung vom Grundvermögen 60 Pf., vom Betriebsvermögen 24 Pf., und vom Gewerbeertrag 450 Pf. je 100 RM Steuerwert als Gemeindeumlage erhoben werden.

5 Grad Kälte im Hochschwarzwald

W.D. Freiburg, 9. Mai. Die berüchtigten Eisheiligen haben dem südlichen Schwarzwald nicht nur auf den Höhen, sondern auch in den tieferen Lagen einen sehr empfindlichen Temperaturrückgang gebracht. Auf dem Feldberg und in den höheren Gebirgslagen schneit es bei 4 bis 5 Grad Kälte seit Mittwoch nachmittag, so daß auf dem Feldberg bereits wieder eine geschlossene Schneedecke von 10 Zentimetern vorhanden ist. In den tieferen Lagen hat die veränderte Wetterlage zu ausgiebigen Regenfällen und demzufolge zu starkem Anschwellen der Schwarzwaldwasser geführt.

Staatsanzeiger

Kriegsvertrieb.
Der bayerischen Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene in München wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb in Baden erteilt.
Karlsruhe, den 7. Mai 1930.
Der Minister des Innern:
J. A. Schwarz.

Losvertrieb.
Dem Dombaueverein in Freiberg (Sachsen) wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb in Baden erteilt.
Karlsruhe, den 7. Mai 1930.
Der Minister des Innern:
J. A. Schwarz.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums der Justiz

Ernannt:
Justizrat Konrad Kern in Freiburg zum Oberjustizrat daselbst, Oberverwalter Karl Ludwig beim Landesgefängnis Freiburg zum Werkmeister, Kanzleihilfin Anna Müller beim Amtsgericht Karlsruhe zur Kanzlistin.

Verteilt:
Justizrat Leopold Schmieder in Mühlheim zum Freiburg; die Justizobersekretäre Hermann Brunner beim Amtsgericht Ettlingen zur Staatsanwaltschaft Freiburg, Julius Köpfer bei der Staatsanwaltschaft Freiburg zum Amtsgericht daselbst, Alfred Krimling beim Amtsgericht Mannheim zum Amtsgericht Heidelberg; die Aufseher Eber Stolz beim Bezirksgefängnis Wolfach zum Landesgefängnis Mannheim, Heinrich Müller bei den Strafankalten in Bruchsal zum Bezirksgefängnis Wolfach.

Rechnungshof übertragen:
Dem Finanzinspektor Karl Kasser eine Prüfungsbeamtenstelle mit der Amtsbezeichnung Oberrevisor.

Gestorben:
Oberrechnungsrat Ludwig Schoder beim Bezirksamt Mannheim.
Am 14. April 1930 der Bauinspektor Fritz Degen in Konstanz.

Den Staats- und Gemeindebehörden empfehlen sich:

A. Aulenbacher & Söhne
Steinbruchbetriebe
Ettlingen i. B.
FERNSPRECHER NR. 2
Wir liefern in erstklassiger Ausführung:
Granit, Quarzit und Sandstein
Groß- und Klein-Pflastersteine
Randsteine und Leistensteine
Stücksteine und Schotter

Sämtliche gußeis. Kanalisationsartikel
Feldbahnen und alle **Baugeräte** für Notstandsarbeiten, Wegebauten usw. empfiehlt den Staats- u. Gemeindebehörden u. Bauämtern **zu Kauf und Miete**
Wilhelm Messmer, Villingen
Gegründet 1903 — Kataloge gratis — Fernsprecher 2131
Mitglied des Badischen Baumeisterbundes

Pumpen
jeder Art für alle Verwendungszwecke
Wasserversorgungen
Drehschieberbahnen
eigenen bewährten Systems
W. Lederle, Masch.-Fabrik Freiburg i. Br.
186 Vertr.: Ziv.-Ing. Hugo Kruppl, Karlsruhe, Nowackanlage 7

Oeffentliche Sparkasse Niefern

Bilanz auf 31. Dezember 1929

Vermögen:	RM	Verbindlichkeiten:	RM
1. Kassenbestand	8 404,07	1. Spareinlagen	565 446,67
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Postsparkasseamt	212 518,75	2. Aufwertungs- und Aufwertungsabrechn.-Konto	36 670,14
3. Wertpapiere	9 200,—	3. Giro- und Scheckeinlag.	10 029,97
4. Darlehen a. Hypotheken	290 729,—	4. Ausgabeüberschüsse	4 323,78
5. Darlehen a. Schuldschein	13 796,—	5. Rücklage gesetzlicher Reserverfonds	177,—
6. Darlehen an Gemeinden	83 987,—	6. Reingewinn vom Jahre 1929	13 421,92
7. Aufwertungsforderung	25 545,39		5 423,43
8. Einnahmeüberschüsse	1 012,70		
9. Gerätschaften	1,—		
	635 492,91		635 492,91

Berechnung der Rücklagen:

Die gesetzliche Rücklage soll betragen:
8% aus 569 770,45 RM Einlagen 45 581,64 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929 18 845,35 RM
somit weniger 26 736,29 RM

Niefern, den 24. April 1930.

Der Verwaltungsratsvorsitzende:
Kling, Bürgermeister.

D. 468

Der Geschäftsleiter:
Gräßle

Holzwerthanleihe der Stadt Heidelberg.

Die noch umlaufenden Schuldverschreibungen der 6prozentigen Holzwerthanleihe der Stadt Heidelberg von 1928 werden gemäß § 5 der Anleihebedingungen zur Rückzahlung auf

1. Oktober 1930

gekündigt. Der bei der Einlösung der Schuldverschreibungen zur Auszahlung kommende Geldbetrag wird gleichzeitig mit der Feststellung des Geldwertes der am 1. Oktober d. J. fälligen Zinsen berechnet und beantragt gegeben werden.

Die Verzinsung der gekündigten Schuldverschreibungen endet am 30. September d. J.; deren Einlösung erfolgt vom 15. September d. J. an beim Stadttrentamt Heidelberg sowie bei den auf den Zinscheinen als Einlösungsstellen bezeichneten Banken.

Im übrigen ist die Stadt bereit, die umlaufenden Stücke zum Kurse von 26 RM je Zestmeter einschließlich der Zinscheine Nr. 7 ff vorzeitig einzulösen. Dieses freiwillige Angebot erlischt am 1. Oktober d. J. Heidelberg, den 5. Mai 1930.

Der Oberbürgermeister.

D. 471. Offenburg, Das Konkursverfahren über das Vermögen des Karl Spießberger, Flecherei u. Installationsgeschäft in Offenburg, wird, da eine den Kosten des Verfahrens entsprechende Konkursmasse nicht vorhanden ist, aufgehoben.
Offenburg, 6. 5. 1930.
Der Urkundsbearbeiter der Geschäftsstelle des Amtsgerichts I.

Anzeigen in der Karlsruher Zeitung (Bad. Staatsanzeiger) haben großen Erfolg!

Badisches Landesstheater
Samstag, 10. Mai 1930:
* C 23. Th.-Gem. S. S. G. I. Hälfte
Zum ersten Male
Marius
Komödie von Fagnol
Regie: v. d. Trend. Mitwirkende: Genter, Quaiser, Rademacher, Ziegler, Seiling, Brand, Graf, Ders, Gspach, Klobie, Kühne, Rehner, Müller, Schulze, Grimm, Seibert.
Anfang 20 Ende 22 1/2 Preise A (0,70—5,00 RM)
So, 11. Mai: Die Südin. Zirkonzerhaus: keine Vorstellung. Mo, 12. Mai: Marius. In der Festh. 10. Sinfoniekonzert.